zu TOP …….

Mainz, 09.03.2026

Anfrage 0414/2026 zur Sitzung am **25.03.2026**

Zuarbeit Verwaltung (Die Linke)

Begründung:
Durch einen Eingabefehler bekam die Linksfraktion am 27.2.2026 eine Einladung zu einer Vorbesprechung der Kenia-Koalition mit diversen weiteren Terminen diesbezüglich in der Zukunft liegend. Verwundert hat uns der Absender der Nachricht: das Kultur- und Schuldezernat der Stadt – also eine städtische Behörde.

Das veranlasst uns zu folgenden Fragen:

1) Ist es zulässig, dass die Verwaltung der Stadt Mainz im Auftrag und im Dienst der Kenia-Koalition tätig wird?
2) Was ist die rechtliche Grundlage hierfür?
3) Haben umgekehrt die Fraktionen der Opposition im Sinne einer Gleichbehandlung die Möglichkeit, diese Dienste in Anspruch zu nehmen?

Orellana, Tupac